Kernerwartungen an eine kurzfristige Verständigung mit dem Land über einen Schuttschirm für die Kommunen

Wenn die Rezession überwunden und der wirtschaftliche Wiederaufschwung so schnell wie möglich gelingen soll, dürfen die Kommunen als Konjunkturmotoren nicht ausfallen. Daher muss die Einnahmenseite der Landkreise, Städte und Gemeinden stabilisiert und müssen sie bei ihren massiven Corona-bedingten Mehraufwendungen und Mindererträgen entlastet werden. Nachdem der Bund mit seinem Konjunkturpaket vorangegangen ist, muss nun zwingend vor der Sommerpause auch auf Landesebene eine Grundsatzverständigung im Sinne einer fairen Lastenverteilung erzielt werden. Ansonsten drohen kurzfristig Haushaltssperren und Sparprogramme bei Investitionen sowie freiwilligen Leistungen. Die Kernerwartungen von Landkreistag, Gemeindetag und Städtetag an einen Kompromiss zum Schuttschirm für die Kommunen lauten:

1. Ko-Finanzierung der Gewerbesteuerausfälle

Die Kommunalen Landesverbände erwarten, dass das Land die Ko-Finanzierung zu den Bundeshilfen zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle übernimmt.

2. Endgültige Stabilisierung der Schlüsselzuweisungen für 2020 auf dem Niveau der Oktober-Steuerschätzung 2019

Die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und die Kommunale Investitionspauschale (KIP) müssen für das Jahr 2020 durchgehend und endgültig auf dem Niveau der Oktober-Steuerschätzung 2019 stabilisiert werden. Die Ausrichtung an der Oktober-Steuerschätzung 2019 muss mit anderen Worten auch für die endgültigen Abschlusszahlungen für das Jahr 2020 und nicht nur für die Teilzahlungen in 2020 gelten, die ihrerseits lediglich eine Liquiditätshilfe darstellen. Nachdem inzwischen alle Kommunen doppisch buchen, führen bloße Liquiditätshilfen zu keiner spürbaren Verbesserung der Haushaltslage. Außerdem sollten die verbleibenden Teilzahlungen vorgezogen werden.

3. Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)

Die Gesundheitsämter müssen noch vor der Sommerpause personell gestärkt werden, um für eine mögliche zweite Welle der Pandemie im Herbst gerüstet zu sein. Erforderlich sind mindestens 205 Stellen und zwar 74 hD-Stellen des Landes bei den Landratsämtern und 131 kommunale Stellen (Finanzmittel nach § 11 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes für 7 hD, 62 gD und 62 mD).

4. Ausgleich der Corona-bedingten Mehraufwendungen und Mindererträgen

Aus der von den Kommunalen Landesverbänden in Abstimmung mit dem Finanzministerium durchgeführten Datenerhebung zum Stichtag 15.05.2020 ergibt sich, dass die Soforthilfen des Landes in Höhe von zwei Mal 100 Mio. EUR längst nicht ausreichen, um allein die in diesem begrenzten Zeitraum entstandenen Mindererträge und Mehraufwendungen abzudecken. Deutlich wird dies, wenn man die geleistete Soforthilfe mit den bis Mitte Mai in den kommunalen Haushalten aufgelaufenen Nettomehraufwendungen für die Kindertageseinrichtungen einschließlich Kindertagespflege und Schülerbetreuung sowie die übrigen von der „Soforthilfe Familie“ erfassten Positionen abgleicht.

Hinzu kommt, dass die Datenerhebung zum Stichtag 15.05.2020 lediglich eine Momentaufnahme bietet. Umso wichtiger ist eine Grundsatzverständigung dazu, in welchem Umfang sich das Land – unter Berücksichtigung der Kompensationsleistungen des Bundes – an den Mehraufwendungen und Mindererträgen beteiligt.

Für die Grundsatzverständigung mit dem Land müsste speziell für folgende Bereiche eine Einigung erzielt werden:

a) Übernahme der unmittelbaren Pandemiekosten

Das Land hat die unmittelbaren Pandemiekosten zu übernehmen. Es handelt sich um eine rein staatliche Aufgabe, zu deren Umsetzung die Kommunen in Vorleistung getreten sind. Dazu gehören insbesondere notwendige Aufwendungen für Schutzmaterial, Fieberambulanzen, Abstrichzentren, Testungen, Isolier- und Quarantänestationen einschließlich zusätzlichem Personal-, Unterbringungs- und Sachaufwand.

b) Kompensation der Netto-Aufwendungen für kommunale Krankenhäuser

Die – abzüglich der Erstattungen des Bundes bzw. der Kassen – von den kommunalen Krankenhausträgern abzudeckenden Verluste, die ausschließlich Corona-bedingt entstanden sind, hat das Land auszugleichen. Dazu gehören Ertragsausfälle durch vorgegebene Minderbelegungen, höherer Betriebskosten (Personal- und Sachkosten), Investitionskosten und Notfallambulanzen.

c) Verwendung der Mittel aus der „Soforthilfe Familie“

Die Vollerhebung hat ergeben, dass bereits zum 15. Mai rund 152 Millionen Euro unmittelbar für die Erstattung der Elternbeiträge für Kitas, Horte, Tagespflege und weitere Betreuungseinrichtungen sowie für die Erstattung an kirchliche und freie Träger benötigt wurden. Für diesen Gebührenverzicht erwarten wir eine vollständige Kompensation, nachdem Herr Ministerpräsident Kretschmann den Eltern die Erstattung versprochen hat.

Darüber hinaus bestand Einigkeit, dass sich das Land auch bei den übrigen Themen der „Soforthilfe Familie“ an den Mehrbelastungen beteiligen würde. Aus der als **Anlage** beigefügten tabellarischen Übersicht ergibt sich, dass die genannten Themen mit 302 Mio. Euro bis zum 15.5. zu Buche schlagen. Rechnerisch wären bis zum jetzigen Zeit-

punkt weitere rund 150 Mio. Euro Mehrbelastungen zu erwarten. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die bisher erhobenen Zahlen nur zu einem gewissen Teil auch die Einnahmeausfälle bei kirchlichen und freien Trägern abbilden.

d) Grundsicherungsleistungen

Es ist derzeit nicht absehbar, ob die Corona-bedingt höheren Grundsicherungsleistungen aufgrund der dauerhaften Erhöhung des KdU-Anteils auf 75 % durch den Bund vollständig abgedeckt werden können. Daher bedarf es spätestens im Jahr 2022 einer Evaluation.

e) Mehrbelastungen im ÖPNV und bei der Schülerbeförderung

Zum jetzigen Stand spricht einiges dafür, dass die Mehrbelastungen im ÖPNV und bei der Schülerbeförderung durch die Bundes- und Landesmittel im Wesentlichen ausgeglichen werden können. Allerdings sollte auch dies Mitte 2021 evaluiert werden.

f) Anpassung der Investitionsrahmenbedingungen

Zur weiteren Stärkung der kommunalen Investitionsfähigkeit sollte eine Arbeitsgruppe zwischen Landesverwaltung und Kommunalen Landesverbänden installiert werden, die bis Anfang September Vorschläge zur Anpassung der Investitionsrahmenbedingungen mit der Zielrichtung Entbürokratisierung, Steigerung der Attraktivität und Beschleunigung erarbeitet.